

Wochenblatt für das Fürstenthum Oels.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich dreimal, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, früh, in einem Bogen. Der Preis beträgt für das Vierteljahr 15 Sgr.; einzeln aber kostet das Blatt 1 Sgr.; durch die Post bezogen, kostet es 21 Sgr. 3 Pf. vierteljährlich.

Inserate werden den Tag vor der Ausgabe bis spätestens Mittag 12 Uhr



angenommen: in Oels in der Expedition dieses Blattes, in Pöln, Wartenberg in der Stadtbuchdruckerei, in Kempen in der Buchhandlung von G. Bräntel, in Bernstadt in der Handlung von Lorenz. Die Insertionsgebühren betragen pro Zeile nur 1 Sgr., bei Wiederholungen bloß die Hälfte.

Ein Volksblatt

für Staats- und Gemeinwohl, zur Belehrung und Unterhaltung.

(Schnellpressen-Druck und Verlag von A. Ludwig.)

N^o 74.

Sonnabend, den 26. August.

1848.

Berlin, den 22. August.

Die Hauptstadt Preußens befindet sich diesen Augenblick in einer ungewöhnlichen Aufregung; ich will mich bemühen, ein klares Bild von den Vorgängen zu entwerfen, welche diesen Zustand hervorgerufen haben. Am verflossenen Sonntage hatten sich einige zwanzig Männer in Charlottenburg vereinigt, um einen demokratischen Klubb zu bilden. Die Mehrzahl der Einwohner dieses Städtchens, mit dergleichen Bestrebungen durchaus nicht einverstanden, drang in das Versammlungslokal und sprengte den Verein noch vor seiner Bildung auseinander; die Mitglieder desselben wurden gemißhandelt und flohen eilends über die Straßen, der thatenlustige Pöbel hinterdrein. Hier kam es nun zu barbarischen Auftritten. Einzelne Demokraten (mit dem Schrecktitel „Republikaner“ belegt) wurden niedergeschlagen, mit Stöcken und Steinen blutig geprügelt und über die Straßen geschleift; Andere wurden bis in ihre Wohnungen verfolgt, wo die Motten der vermeintlichen Vertheidiger des konstitutionellen Staates nicht einmal Weib und Kinder der Mißliebigen schonte. Einige der Letzteren flohen nach der Wache, und wurden von den Soldaten in das Lokal eingelassen: aber auch der nachfolgende Haufe wurde nicht zurückgehalten und riß die Unglücklichen unter neuen Mißhandlungen wieder heraus. Diese Ungeheuerlichkeiten dauerten über drei Stunden, ohne daß eine Obrigkeit, Bürgerwehr oder Militär ein energisches Einschreiten für nöthig hielten. Der königl. Superintendent Stamm wird besonders als Einer von denen genannt, welche diesen ganzen, scheußlichen Auftritt veranlaßten, ja den Pöbel sogar wegen seinen guten Gesinnungen belobten. Als Sonntags Abends die Nachricht hiervon nach Berlin kam, war Alles ohne Ausnahme indignirt, besonders über die Unthätigkeit der Behörden, und man fürchtete gleich einen Einfluß auf die Stimmung der Berliner. Als nun vollends gestern früh vor der Wohnung des Ministers Milde ein Zusammenstoß von Be-

schäftigung suchenden Arbeitern und Konstablern stattgefunden hatte, wobei es nicht ohne bedeutende Verletzungen auf beiden Seiten abgegangen ist: so vermuthete man gleich, daß der Abend des Montags nicht ohne Unruhen verlaufen würde. Leider erfüllte sich diese Besorgniß. Schon um 9 Uhr waren die Linden und alle dahin führenden Straßen mit Haufen Volks bedeckt; die Mehrzahl derselben zog nach der Wohnung des Ministerpräsidenten von Auerswald, der die tobende Menge vergeblich zu beschwichtigen suchte. Eine Schaar Konstabler, welche den Platz säubern wollte, mußte der Uebermacht weichen und sich in das Hotel des Ministers zurückziehen; da nun keine Gewalt mehr gegenüberstand, so wendete sich die Wuth gegen das Gebäude, man brach die Gasfänder ab, so daß die Flammen aus der Erde hervorzubrechen schienen; man versuchte die Thüre zu sprengen; man zerstörte die Rampe vor dem Hause und benutzte die Pflastersteine, um die Fenster einzumwerfen, die theilweise mit den Kreuzen und Läden in die Zimmer stürzten. Es befanden sich grade viele Besuchende bei dem Herrn von Auerswald, unter ihnen mehrere Abgeordnete und auswärtige Gesandte, welche sich in die hintern Zimmer zurückziehen mußten. Was werden diese Herren für eine Idee von unsern öffentlichen Zuständen bekommen? — Ein anderer Haufe zog vor das Haus des Ministers Kühlwetter, den man besonders beschuldigt, daß er den Charlottenburger Ereignissen gegenüber unthätig geblieben ist; man suchte ihn glücklicher Weise vergeblich (er befand sich bei Auerswald); das Volk wäre in diesem Augenblicke wohl fähig gewesen, an demselben einen Act der willkürlichen Justiz auszuüben. Von dem Justizminister verlangte man Amnestie aller politischen Gefangenen, und da er erklärte, dies sei seine Sache nicht, so wurde auch seine Wohnung und Person Gegenstand von bedauerlichen Excessen. Mehrere Bataillone Bürgerwehr wurden aufgeboden, die Haufen zogen über die Linden und durch die Fried-

richstraße; an der Ecke der Behrensstraße fing man an, das Pflaster und die Brücken aufzureißen, um den nachrückenden Kolonnen Hindernisse entgegenzustellen. Konstabler schwärmten aus, und griffen Vorübergehende mit blanken Säbeln an, Viele wurden leicht, Einzelne schwer verwundet. Ueberall Geschrei, Trommelschlag, Pfeifen der Straßenjungen. Endlich nachdem eine große Menge Schuldiger und Unschuldiger verhaftet worden war, verzog sich allmählich der Pöbel; die Ruhe ward den übrigen Theil der Nacht hindurch nicht weiter gestört.

Beide Vorfälle, sowohl der vorgestrige in Charlottenburg, als auch der gestrige in Berlin sind in jeder Beziehung beklagenswerth. Der Erstere giebt in Verbindung mit dem Attentate auf Balzer in Elrich und mit den Schweidnitzer Ereignissen ein trauriges Bild von dem Schuge, welchen die bestehende Gewalt den Staatsbürgern angedeihn läßt; der Letztere ist ein Ausbruch pöbelhafter Roheit, der von den Feinden der Demokratie zum großen Schaden derselben ausgebeutet werden wird. Hoffen wir, daß die Staatsregierung nicht säumen wird, den Willkürlichkeiten einer freiheitfeindlichen Parthei mit Kraft entgegenzutreten: dann wird die durch Leiden mancherlei Art sehr friedlich gestimmte Bevölkerung keine Veranlassung mehr haben, sich auch nur mit dem Scheine einer Entschuldigung öffentlichen Emeuten hinzugehen.

Von den letzten Verhandlungen der National-Versammlung dürfte besonders für Viele ein Beschluß interessant sein, durch welchen Folgendes festgesetzt worden ist:

es soll in jedem Kreise, wo es für nöthig erachtet wird, durch freie Wahl eine Kommission niedergesetzt werden, bestehend aus 2 Gutsbesitzern, 2 Gutspächtern, 2 Bauern, 2 Häuslern, 2 Tagelöhnern, 1 Schullehrer, 1 Geistlichen und wo möglich einem Arzte. Diese Kommission soll Untersuchungen anstellen über die Grundbesitzverhältnisse,

über Belastung und Erwerb der kleinen Ackerwirthe und Einlieger; über Lohn, Arbeit und Arbeitszeit; über die Verhältnisse der Auszügler, Sparcassen, Armenwesen, Kreditwesen, Sittlichkeit, Unterricht u. s. w. Die Resultate ihrer Ermittlungen sollen durch vereinigte Provinzialkommissionen gesichtet und den betreffenden Abtheilungen der National-Versammlung, so wie dem Ministerium als Grundlage künftiger Gesetzgebung übergeben werden. Mit Freuden habe ich für die Niedersehung solcher Kommissionen gestimmt, weil ich überzeugt bin, daß dies der erste Schritt ist zur Theilnahme des ganzen Volkes an der Gesetzgebung im Allgemeinen und weil ich überzeugt bin, daß nur durch Begünstigung und Beförderung der kleinen Landwirthschaften auch der städtischen Bevölkerung auf die Dauer geholfen werden kann, da nur auf diesem Wege theils ein Abfluß übriger Arbeitskräfte ermittelt, theils der Zuzug neuer Arbeitsucher nach den Städten gehemmt werden wird. Getreu den Ueberzeugungen, die ich sowohl hier, als auch von meinem Abgange in Dels ausgesprochen habe, stellte ich sofort den Antrag, daß die Erörterungen dieser Kommissionen auch ausgedehnt werden sollten auf die Ablösungs- und Gemeinheitsheilungs-Angelegenheit, da wir grade hierüber bald ein neues Gesetz zu erwarten haben, und auf Parcelirungen sowohl von Domänen, als auch von andern größeren Grundstücken, welche aus Staatsmitteln anzukaufen und in kleinen Theilen zu verpachten seien. Ich war der Meinung, daß auf diesem Wege besonders den Fabrikdistricten geholfen werden könne, daß namentlich unsere schlesische Leinenindustrie nur gehalten werden kann, wenn man den armen Webern Gelegenheit bietet, durch Verbindung der Fabrikarbeit mit einer kleinen landwirthschaftlichen Beschäftigung sich wenigstens vor dem Hungern zu schützen. Mit Beziehung auf etwaige Zeitungsberichte führe ich nur an, daß sowohl der Herr Minister Gierke, als auch die Petitionskommission meine Anträge falsch angeführt haben, und verweise deshalb auf die stenographischen Berichte. Trotzdem, daß namentlich viele bäuerliche Deputirte sich meinem Antrage angeschlossen, der von allen Seiten Unterstützung fand, wurde derselbe verworfen, und erklärte namentlich Herr Minister Witte, daß die Regierung bei Theilung einzelner Domänen nur bespannte Wirthschaften gründen werde. Die kleinen Leute sollen also wieder leer ausgehen, wenn sie auch gern eine hohe Pacht zahlen wollten! Indessen kehrt derselbe Antrag von mir noch einmal in die Versammlung zurück, und sollte er auch diesmal verworfen werden, so bin ich der Ueberzeugung, daß es in einer künftigen Versammlung nicht an einem Manne fehlen wird, der ihn aufnimmt und aufs Neue vertheidigt.

Im Laufe dieser Woche wird der vierte Bericht unsrer Partei geliefert, und werden Exemplare desselben von mir wieder an Herrn Director Lange in Dels, und an Herrn Kammerer Freund in Bernstadt übersendet werden. Indessen drängt es mich persönlich, hier noch zwei Punkte zur Erörterung zu bringen, die vielfach irrthümlich aufgefaßt worden sind. Der erste Punkt betrifft den

Ausdruck „Feudallasten“, der so oft jetzt gebraucht, und doch von Verschiedenen verschieden ausgelegt wird. Ich kann, um meine Ansicht über diese Feudallasten auszusprechen, welche nach der Meinung unsrer Partei unentgeltlich aufgehoben werden sollen, mich am besten auf den §. 37 des neuen Verfassungsentwurfs beziehen. Die Quellen dieser Lasten sind die Gerichtsherrlichkeit, die gute, herrliche Polizei und obrigkeitliche Gewalt, die Schutzherrlichkeit, die Erbunterthänigkeit, und einige Verhältnisse, welche sich auf einzelne Privilegien, oder auf die frühere Steuer- und Gewerbeverfassung beziehen. Was hieraus hervorgegangen ist, muß fallen, sogar nach der Meinung vieler intelligenter Mitglieder desjenigen Standes, dem hierdurch allerdings ein Opfer auferlegt wird, welches je nach dem Zustande der Dinge in den verschiedenen Provinzen den einen mehr, den andern weniger treffen wird. Die Untersuchungen der einzelnen Abtheilungen und Kommissionen beschäftigen sich nun damit, zu prüfen, was auf jene Mißbräuche, und was auf ein contractliches Rechtsverhältniß gegründet ist. Das Ergebnis dieser gewissenhaften Prüfung wird lehren, ob und welcher theiligten Partei Unrecht geschehen soll.

Der zweite Punkt betrifft die Leistung solcher Abgaben, welche zwar vielleicht in Zukunft fortfallen werden, jetzt aber noch bestehen: sie darf nirgends verweigert werden. Es giebt nur eine wahre Freiheit, ich habe sie in Dels vor Tausenden in den innersten Zusammenhang gestellt mit der Geseßlichkeit. Wer Geseße machen will, muß sie auch zu befolgen verstehen: zwischen neuen und alten Geseßen kann es aber (außer im fortbauenden Zustande der Revolution) keinen Mittelzustand geben, in welchem gar keine Geseße gelten; am allerwenigsten befinden wir uns jetzt in einem solchen gefesselten Zustande. Es ist also durchaus nothwendig, daß ein Jeder ohne Ausnahme noch so lange den alten Geseßen und Rechtsverhältnissen sich unterordne, als die neuen Geseße noch nicht durch die Geseßsammlung veröffentlicht worden sind, denn erst dadurch erhalten sie gesetzliche Kraft, nicht durch den Beschluß einzelner Abtheilungen oder Kommissionen unsrer Versammlung, selbst nicht durch einen Beschluß des Plenums. Ganz entschieden aber muß ich mich, gewiß in Uebereinstimmung mit allen Wohlgesinnten, gegen solche Uebergriffe aussprechen, wie sie neuerdings in der Nähe Bernstadts vorgekommen sind, und wie sie wohl bei uncivilisirten Barbaren, nicht aber in unserm Vaterlande vorkommen sollten. Möchte nur wenigstens in und bei diesen Feuern der Haß mitverbrannt sein, welcher zwei Theile der ländlichen Einwohnerschaft von einander trennt, deren beiderseitiges Wohlergehen nur durch Eintracht gedeihen kann.

Von mehreren Seiten ist mir das Ansinnen gestellt worden, ich solle mich gegen auf mich gemachte weitere persönliche Angriffe vertheidigen. Ich denke, das wird besser unterbleiben. Wer mich und meine Thätigkeit kennt, wird billig urtheilen; wer es nicht der Mühe werth achtet, meine Wirksamkeit unparteiisch zu prüfen, der mag seine vorgefaßte Meinung ruhig behalten, denn es

ist ein vergebliches Bemühen, eingewurzelte Vorurtheile ausrotten zu wollen.

Hoffentlich werde ich nächstens Veranlassung haben, Ihnen über die neu zu schaffende Gemeindeordnung Etwas mitzutheilen. Alle Diejenigen, die sich in irgend einer Angelegenheit an mich gewendet und noch keine Antwort erhalten haben, bitte ich dringend um Geduld, da wir Alle mit Arbeit, besonders mit Korrespondenz, überbürdet sind.

M ä ß e.

Bürger und Landleute!

„Ihr habt Euren Abgeordneten in die National-Versammlung zu Berlin viele Petitionen mitgegeben, in denen Ihr Eure gerechten Wünsche ausspracht. Ihr wünscht darin vor Allem Verminderung Eurer Lasten und Abgaben — und darum trugen auch fast die meisten Landgemeinden in ihren Petitionen auf Fixirung der Geistlichen und Schullehrer an. Die Lehrer theilten diesen Euren Wunsch, und es stellten deshalb mehrere Tausende schlesischer Lehrer der Nationalversammlung den Antrag: „Die Volksschule sei Nationalanstalt und werde aus Staatsmitteln unterhalten.“ Daß dies geschehe, habt Ihr zu fordern. Es ist nur eine Forderung der Billigkeit und Gerechtigkeit; Hört! Der Staat hat bisher die Bildungsanstalten für die Kinder der höhern Stände, also die Hochschulen — Universitäten — Gymnasien — Realschulen u. s. w. aus Staatsmitteln unterhalten. Von den Steuern, die Ihr allmonatlich zahltet, ging mithin ein gut Theil diesen höhern Schulen zu, indem davon die Lehrer dieser Schulen besoldet, die nöthigen Gebäude, Bibliotheken u. s. w. beschafft und unterhalten werden. Ihr müßt also das Gehalt für die Lehrer ic. geben, welche die Kinder der höhern Stände unterrichten, und wovon Ihr keinen Nutzen hattet, während Ihr die Lehrer Eurer eigenen Kinder aus Eurer Tasche durch das zu entrichtende Schulgeld bezahlen müßt. Für die Bildung der Staatsbürger seid Ihr also doppelt belastet. Den Vornehmen und Reichen müßt Ihr ihre Schulen unterhalten helfen, und für die Eurigen müßt Ihr ganz allein sorgen. — Warum sollen nun von Euren Steuern jene für ihre Schulen einen Theil empfangen und Ihr für die Eurigen nichts? So kann und darf es nicht mehr bleiben. — Warum sollen Eure Schulen geringer geachtet werden? Sind jene Schulen Staatsanstalten, so mögen es die Eurigen auch sein. Sollte auch die Staatskasse dadurch eine größere Ausgabe haben, — so kann sie ihr dennoch nicht erlassen werden. Bisher kostete das Militair alle Jahre 26 Millionen Thaler und für die Volksschulen gab man ein wahres Almosen — nur 300,000 Thaler. Bei einer gründlichen Durchführung der allgemeinen Volksbewaffnung wird man nicht mehr so viel Soldaten bedürfen, also auch viel Geld ersparen. Werden die hohen Pensionen und die Staatsgehälter erniedrigt, wird eine gleichmäßige Vertheilung der Steuern eingeführt, bei der die bis jetzt steuerfreien großen Ackerflächen der Mitterguts- und größeren Rustikalbesitzer herangezogen werden, so wird schon das herauskommen, was

man für die Erhaltung der Volksschulen brauchen wird. Man wird auch da nicht nöthig haben, höhere Steuern oder gar eine besondere Schulssteuer aufzulegen. Hört, was geschehen ist! Diejenigen Abgeordneten, welche die neue Einrichtung des Schulwesens zu bearbeiten hatten, sind mit ihrem Antrage, daß die Volksschule Nationalanstalt werde und auf Staatskosten erhalten werden soll, in der sogenannten Fachkommission nicht durchgekommen. Die Schule soll kommunalanstalt sein, d. h. nichts anders, als, Ihr sollt Euch nach wie vor wieder Eure Schulen erhalten, also jene Doppelabgabe fortgeben. Man will freilich das Schulgeld fixiren. Aber Ihr werdet doch nun außer der Monatssteuer, noch die monatliche Schulssteuer, als Eures Lehrers Gehalt, zu bezahlen haben. Kleine Gemeinden, die bis jetzt gar keinen eigenen Lehrer hatten, und nur so nebenbei durch den Lehrer eines größeren Orts Unterricht für ihre Kinder, so gut es eben ging, erhielten, d. h. schlecht genug ohne Schuld des Lehrers — unterrichtet wurden, werden nun keinen eigenen Lehrer bekommen, was der Fall wohl sein würde, wenn die Volksschule Staatsanstalt wäre. Eure Lehrer, des lieben Brotes wegen mit allerlei zeitraubenden und auch für sie unpassenden Nebenämtern belastet, werden dieselben behalten müssen, und werden nicht blos der Schule und Euren Kindern leben können. Das wird ihre Berufsfreudigkeit eben nicht mehr, und Euren Kindern zum Schaden gereichen. Die Wittwen und Waisen Eurer verstorbenen Lehrer werden nach wie vor am Hungertuche nagen oder den Gemeinden zur Last fallen, statt daß der Staat, wie bei den andern Staatsbeamten, für sie anständig sorgte. Und was nun noch in Aussicht steht, dürfte Euch vielleicht auch etwas Neues sein. Es sollen Gemeindeverbände von 2—3000 Köpfen eingerichtet werden, d. h. es werden so viel einzelne bisherige Ortsgemeinden zu einem solchen größeren Gemeindeverbande verbunden, als zu jener Kopfszahl nöthig ist. Da sollen nun die großen Gemeinden den kleinen aushelfen, natürlich auch in Aufbringung der Kosten für die Ortsschulen. Da also ohnehin alle Gemeinden schon doppelt fürs Schulwesen steuern, so wird's kommen, daß diese oder jene Gemeinde nun sogar dreifach, nämlich fürs höhere Schulwesen, für die eigene Schule und für die Schulen kleinerer Orte im Gemeindeverbande wird beitragen müssen. Das geschähe nun aber nicht, wenn die Schule Staatsanstalt würde. Thut Ihr also nichts dazu, daß die Nationalversammlung doch noch, wenn die Schulangelegenheit wird zur abermaligen Berathung kommen, die Volksschule zur National- oder Staatsanstalt erklärt, so werden einst Eure Kinder und Kindes-Kinder Ach und Weh über Euch rufen. Es ist Euch daher dringend zu rathen, daß Ihr sofort bei der Nationalversammlung zu Berlin gegen die Bestimmung, „die Volksschule sei Kommunal- oder Gemeindeanstalt“ protestirt und der Nationalversammlung den auf Gerechtigkeit gegründeten Antrag stellt: „durch Beschluß die Volksschule zur aus Staatsmitteln zu erhaltenden Nationalanstalt zu erheben.“ Thut nur, was ihr hoffentlich nicht werdet lassen können. Was Ihr aber thun wollt, das thut bald!

Folgender Artikel eines Oesterreichers, entlehnt aus der constitutionellen Donau-Zeitung vom 5. April d. J. gewinnt dadurch an neuem Interesse, daß viele der, bei so klarer Auffassung der nationalen Verhältnisse und politischen Charaktere gegebenen Voraussetzungen schon jetzt sich zu bestätigen scheinen. Auch wird es nicht unbelohnend sein, mit dem Verfasser einen Blick auf das, jetzt so kriegsbewegte Italien, das romantische Land deutscher Sehnsucht zu werfen. —

Italien und seine Zukunft.

Das junge Italien, das auf eine Vereinigung hinarbeitet, und wahrscheinlich das Ideal einer föderativrepublik sich vor Augen stellt, hat durch die Einmischung Sardinien's, Toskana's und des Papstes in die lombardischen Angelegenheiten wohl an materieller Kräftigung, keineswegs aber an geistiger durchdringender Energie gewonnen, das junge Italien ist sich seiner Freude nicht selbst bewußt; es ist eine Verschwörung, die nicht im Geiste des Volkes lebt, sondern nur durch die politische Leidenschaftlichkeit Einzelner besteht; und selbst in Partheiungen zerfällt. Italien wird zu Grunde gehen an dem voreiligen Gedanken der Republik; denn Italien glaubt noch an eine Republik, die sich gestalten wird, wie eine in Italien schon dagewesene Patricierherrschaft, und scheint gänzlich zu vergessen, daß eine Republik, das heißt eine bedeutende Republik neben Frankreich, ohne eine vollendete sociale Umgestaltung zur Unmöglichkeit geworden ist. Und darf Italien bei dem bekannten Geldgoismus seiner Reichen, bei der Pomphastigkeit und Anmaßung seines Adels an eine sociale Umgestaltung denken; bevor nicht unzählige seiner Bürger zum Opfer gefallen sind; und es ermattet und bewußtlos in sich selbst zusammensinkt? Darf Italien an eine solche feste Einigung seiner Ländersüßte glauben, um eine großartige Idee, wie der Republik, durchzuführen; Italien, wo der Verrath und die Zwietracht die kleinsten Landstriche von einander entfernt, und bis jetzt nur im Moment der leidenschaftlichen Aufregung, eine leichte, schwache Verbindungsbrücke zu errichten im Stande war. In der Lombardie und Venedig ist übrigens Republik ausgerufen, und man schreit zugleich, daß Pius der IX. leben soll! Wohin wird und soll diese offenbar vom jungen Italien angeführte revolutionäre Bewegung gegen Oesterreich führen? — Nirgends anders hin, als zur verderblichen Anarchie, während Lombardie und Venedig an Oesterreich festhaltend, eine energische, gänzlich freie constitutionelle Stellung eingenommen; sich einen trefflichen Handels- und Bundesgenossen gewonnen hätten, und nach außen der Bestandtheil einer imposanten, durch seine Freiheit festen und unzerstörbaren Macht gewesen wären. Oesterreich hätte seinem neuangenommenen liberalen Principe nach der Lombardie und Venedig ein eigenes verantwortliches Ministerium, eine eigene, selbstständige Verwaltung schaffen müssen; Oesterreich hätte die lombardisch-venetianischen Prinzipie nach den Prinzipien eines Staatenbundes unter einem gemeinsamen Oberhaupte behandelt. Nach diesen leitenden Grundsätzen wäre Oesterreich durch die Lombardie, und auch umgekehrt, die Lombardie durch Oesterreich

gesichert und gekräftigt worden; das italienische Nationalgefühl wäre gerettet und unantastbar dagesstanden, ohne sich, wie jetzt wahrscheinlich bald die Folge lehren wird, in das Wirrsal politischer und provinzieller Streitigkeiten stürzen zu müssen. Doch die Lombardie scheint gänzliche Unabhängigkeit haben zu wollen, und das junge Italien schwärmt, während die Anarchie, wie gesagt, vor den Thoren steht. Um dies näher zu begründen, wenden wir uns zu den Bundesgenossen der revolutionären Bewegung in Oesterreichs Italien. Der König von Sardinien kämpft in der Lombardie nie für die Republik, sondern hegt wohl den geheimen Wunsch, selbst einen Länderzuwachs zu erhalten. Er kann nicht für die Republik kämpfen, weil sein ohnehin unruhiges Volk von Republiken ringsum umgeben, zunächst aufstehen, und ihn vertreiben würde. Ebenso steht es mit dem Großherzog von Toskana, der in dieser Angelegenheit mit dem Könige von Sardinien gemeinschaftliche Sache machen muß. Was will aber der Papst? Seine energische Bewegung gegen Oesterreich ist nur dadurch zu erklären, daß er von einem Primat über ganz Italien nicht nur geträumt, sondern schon längere Zeit hindurch für dasselbe gewirkt haben dürfte. Auch er kann nicht für die Republik in Venedig und Mailand kämpfen, weil durch die Kraft einer solchen neuerstandenen Macht sein constitutionelles Kartenhaus über Nacht einstürzen müßte, und jeder gesunde Menschenverstand in Italien von den natürlichen, so hervorspringenden Gedanken überwältigt würde, daß eine geistliche Ländermacht, immer ein barokkes Wesen, unter solchen Verhältnissen aber geradezu ein Unding wäre. Sowohl der Papst, als der König von Sardinien, diese beide so schnell erschienenen Bundesgenossen der Lombardie scheinen also bei der ganzen Bewegung nur von eigener egoistischer Eroberungspolitik und Vergrößerungssucht geleitet worden zu sein, und können nach ihrem Prinzipie auch keinen von Oesterreich selbst unabhängigen König der Lombardie und Venedig, ebensowenig wie die Republik gut heißen; da sie durch ein solches, neu constituirtes Königthum sich selbst einen mächtigen Gegner für die einst auszuführende Idee eines einzigen Italiens auf den Nacken laden würden. Es ist daher wahrscheinlich nicht der Drang der nationalen Bewegung, sondern die egoistische Politik, die sie zu Bundesgenossen der Lombarden gestempelt hat, um die Befreiten für sich wieder durch die Macht der Waffen oder der Machination, in welcher Kunst der König von Sardinien Manches geleistet hat, zu gewinnen.

Und nehmen wir selbst den entgegengesetzten, freilich bei so energischer Durchführung, wie Sardinien und der Papst ihre Einmischung erklärt haben, wenig möglichen Fall an: daß sowohl der Papst als der König von Sardinien bei ihrer feindlichen Stellung gegen Oesterreich nur willenlose Drangane einer mächtigen Volkspartei, und der Ausdruck derselben sind, so müssen doch Beide, und wenn auch zur Einmischung gezwungen, alsogleich nach den Prinzipien der Eroberungspolitik die Feindseligkeiten fortsetzen, und zwar noch starrer als je, weil in einem solchen Falle die Eroberungspolitik nach außen zur Erhaltungspolitik nach innen wird, indem nur durch jene die mächtige Volksbewegung,

Mannichfaltiges.

die republikanische Sympathie und der Enthusiasmus für ein einiges Italien ihre Waffen nicht gegen die Herrscher selbst wenden. Wie sehen also, wenn wir die Bewegung Italiens selbst vom nationalen Standpunkte auffassen, daß sie uns zunächst doch wieder zu der oben geschilderten Politik der Fürsten führt, und die nationale Bewegung nur als Grundlage politischer Pläne, keineswegs aber als ein siegreicher Endpunkt des Ganzen erscheint!

Das hat die unabhängige Lombardie von seiner Nachbarschaft, die ihr bei der Schilderhebung gegen Oesterreich beigestanden hat, nach außen zu erwarten. Nach innen tritt vollständige Anarchie durch die unendliche Spaltung der Parteien ein. Der Adel wird eine Adels Herrschaft gründen wollen; ehrgeizige Herzoge werden nach einem Throne streben; das junge Italien wird eine unreife transplatonische Republik constituiren, die bei der Leidenschaftlichkeit und dem wüthenden Haffe der Italiener und aus den besagten Gründen schon für die Lombardie und Venedig allein in Terrorismus ausarten muß; der König von Sardinien und der Papst aber werden durch Ansichten des Bürgerkrieges jede kräftigere Einigung zu ihrem eigenen Besten verderben wollen. So geht die unabhängige Lombardie und Venedig zu Grunde und der schöne nationale Traum wird auseinandergefallen sein, und — zu spät beweint werden. — Was wird aber die nächste Folge für ganz Italien sein? — Ebenfalls Anarchie! Das junge Italien, das von einer Einigung Italiens spricht, wird in Genua mit den rückkehrenden Lombardenbeschützern Republik proclamiren, Savoyen wird nach französischen Mustern rebellisch werden, und die durch die nationale Bewegung zum Enthusiasmus für ein einiges Italien hingerissenen Römer werden, stark und bitter gemahnt durch das unnatürliche und widerspruchsvolle Institut ihrer Constitution, einsehen lernen, daß Pius der Neunte wohl ein großer und trefflicher Mann sei, aber als Papst, das ist das Oberhaupt der katholischen Kirche als große Feldmacht in feindlicher Stellung gegen andere katholische Völker auf die Dauer nicht ein einiges Italien zu beherrschen vermag. So wird durch den Unversand einer radikalen Partei, durch eine schlecht geleitete und wenig natürliche nationale Bewegung, durch Eigennutz und Ruhmsucht von Fürsten und Großen nicht nur die Lombardie und Venedig, sondern ganz Italien in das Unglück einer bodenlosen Anarchie gestürzt und der Hoffnung beraubt, auf Grundlage freier constitutioneller Formen sich zu entwickeln und zu bilden, und den festen Grundbau zu einem einigen Italien zu legen, in welchem die schönste und bedeutungsreichste Zukunft für das ganze, reiche, herrliche von der Natur so begünstigte Land liegt, welche Zukunft aber nicht durch Ueberstürzen der politischen Elemente, sondern nur durch die segensreiche Folge constitutioneller Regierungsformen in Italien auf dem unblutigen natürlichen Wege der steigenden Intelligenz und des vollkommenen Klarwerdens seiner politischen Bestimmung erreicht werden kann!

Ernst Rose.

2. Das Herzogliche Forstamt zu Dels erläßt an die Gemeindevorsteher einzelner Dorfgemeinden die Aufforderung, den Gemeinde-Inassen, resp. Rustikalbesitzern, die Warnung zugehen zu lassen, daß sich diese nicht am Jagdrecht betheiligen sollen; weil sonst das Forstamt sich genöthigt sehen würde, die Kraft der Geseze in Anspruch nehmen zu müssen. Dieses thut das gedachte Forstamt, wie es ausdrücklich sagt: auf Grund des Delschen Wochenblatts. — Da nun aber das Wochenblatt nirgends, außer Mittheilung der Beschlüsse der Abtheilungskommissionen in der National-Versammlung zur Bekämpfung und Förderung des politischen Sinnes, gesagt hat: „das Jagdrecht ist aufgehoben;“ so erscheint das Ganze bloß als eine Verdächtigung der Tendenz des Wochenblattes. Jeder Fortschrittsliebende wird hiermit ersucht, so weit er Kenntniß von etwaigen Verletzungen des Jagdrechts hat, oder auch nur von dem Willen dazu, mittheilen zu wollen:

- 1) wo dergleichen Jagdrechtsüberschreitungen vorgekommen sind;
- 2) ob dieselben gleicher Natur sind wie früher, oder ob sie frei öffentlich geschehen, daß man vermuthen dürfte, sie geschehen in der Meinung des unbestrittenen Rechts.

Endlich

- 3) ob diese Ueberschreitungen auf Grund des Delschen Wochenblattes geschehen seien. Hieraus würde sich ergeben, in wie weit das Herzogliche Forstamt überhaupt Ursache habe, eine solche Aufforderung zu erlassen, zumal da erst kürzlich eine weit umfassendere von Seiten des Oberpräsidii erlassen worden ist.

Dels (Evangelische Kirche).

Am 10. Sonntage nach Trinitatis predigen:

In der Schloß- und Pfarrkirche:

Früh-Predigt: Herr Archidiaf. Schunke.
Mittags-Predigt: Herr Sup. u. Hosp. Seeliger.
Nachm.-Pred.: Herr Propst Thielmann.

Anzeige an die Landgemeinden.

Unser Herr Deputirter in Berlin, Rector Mähe, hat die Freundlichkeit gehabt zur Vertheilung an die Landgemeinden des westlichen Theiles unseres Kreises fünfzig Exemplare des vierten Berichts der demokratischen Partei der preussischen constituirenden Versammlung an mich zu übersenden. Daher ersuche ich die Herrn Rustikalbesitzer, besonders die Herrn Wahlmänner, wenn sie in diesen Tagen zur Stadt kommen, mit ihrem Besuch mich beehren und ein Exemplar des genannten Berichts in Empfang nehmen zu wollen. Zugleich bemerke ich, daß der genannte Bericht künftigen Dienstag, den 29. August, im „Wochenblatt für das Fürstenthum Dels“ abgedruckt erscheinen wird.

Dels, den 25. August 1848.

Lange,

Stellvertreter des Deputirten für Berlin.

Zum Erntefeste,

Sonntag, den 27. August, ladet ergebenst ein und bittet um recht zahlreichen Besuch **Buchert** im Prinz von Preußen.

Neue schottische Voll-Heeringe, in ausgezeichnete Qualität, empfing und empfiehlt **Jul. Gundelach**, in Dels, am Ringe.

Wochen-Predigt:

Donnerstag, den 31. August, Vormittags 8½ Uhr, Herr Candidat Racher aus Neesevic.

Geburten.

Den 26. Juli Frau Tanzlehrer Speck, geb. Schlegel, einen Sohn, Ernst Karl August.

Den 10. August die Kutschersfrau Werner, geb. Kettig, eine Tochter, Johanna Louise Pauline.

Den 15. August die Schuhmachermeistersfrau Roschig, geb. Buchwig, eine Tochter, Johanna Auguste Juliane.

Den 17. August die Bürger- und Kräutersfrau Venthur, geb. Weide, einen Sohn, Karl Friedrich Wilhelm.

Den 23. August die Schafmeistersfrau Masfog, geb. Schmidt, auf dem Dominium Scharse, eine todtgeborene Tochter.

Heirathen.

Den 21. August der Schuhmachergeselle Rose, mit Johanne Charlotte Kusch.

Den 21. August der Schuhmacher Gottfried Meiser in Scharse, mit Johanna Elisabeth Fischer.

Den 22. August der Bürger und Böttchermesster Becker, mit Jungfrau Auguste Bertha Arnold.

Todesfälle.

Den 17. August der Einwohner Laschinski aus Scharse, an Kopfschmerz, alt 44 J. 8 M.

Juliusburg.

Geburten.

Den 3. August die Freistellbesizersfrau Elisabeth Lichau, geb. Kliesch, zu Rotherinne, eine Tochter, Auguste Louise Wilhelmine.

Den 4. August die Schuhmachersfrau Louise Nov, geb. Bartsch, eine Tochter, Anna Karoline Ernestine Louise.

Den 12. August die unverehel. Inwohnerin Elisabeth Staar, eine Tochter, Johanna Christiane.

Todesfälle.

Den 15. August der Wirtschaftsschreiber Herr Theodor Eberhard Emil Lindemann, an der Unterleibschwindsucht, alt 22 Jahre 8 Monate 26 Tage.

Den 16. August des Auszigers Gottlieb Schönfeld zu Neudorf, jüngster Sohn, August Heinrich, an Krämpfen, alt 1 Jahr 4 Monate 15 Tage.